

Konkassische Post



Die Geschäftsstelle befindet sich im Büro des Zentral-Komitees des Verbandes der Deutschen in der S. S. R. Georgien: Tiflis, Michael-Str. Nr. 108. — Die alleinige Vertretung im Auslande hat Herr Theodor Hummel in Berlin W., Bayreutherstr. 12.

Ercheim: 2mal wöchentlich.

Am **Mittwoch** und am **Sonnabend**
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftskunden: werktäglich von 9—11 Uhr vorm. — Sprechstunde der Redaktion: In der Wohnung des verantwortlichen Redakteurs — Subaloff-Str. (früher Malaja Studennojaja) Nr. 13., Du. 6, im Hof — werktäglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 38.

Tiflis, Sonnabend, den 30. September 1922.

14. Jahrgang.

Politische Nachrichten.

In Paris hat in der Frage des Nahen Orients eine Besprechung stattgefunden, an welcher von französischer Seite Poincaré, von englischer Lord Curzon und von italienischer Graf Sforza teilgenommen haben. In der entscheidenden Sitzung am Freitag d. 22. d. Mts. und in der Schlußsitzung am Sonnabend, d. 23. d. Mts., einigte man sich auf die Abhaltung einer Friedenskonferenz in nächster Zeit (wahrscheinlich am 15. Oktober) in Venedig oder an einem anderen Ort, der später bestimmt werden könnte. In dieser Konferenz wird auch die Türkei aufgefördert, und zwar wünschen die Konferenzmächte, daß Konstantinopel und Angora eine gemeinschaftliche Vertretung entsenden, damit die zu fassenden Beschlüsse für beide Regierungen gleichermaßen verbindlich wären. An der Konferenz sollen die Balkanstaaten Rumänien und Jugoslawien und natürlich auch Griechenland mitbeteiligt sein. Rußland wird bei Seite gelassen. In der Note an Kemal Pascha bezug die Konstantinopeler Regierung wird den Türken die Rückgabe Ost-Trakien mit Adrianopel und die Räumung Konstantinopels sowie die Aufnahme in den Völkerbund in Aussicht gestellt, wenn sie die Kriegsoperationen unverzüglich einstellen, ihre Truppen nicht von Klein-Asien nach Europa hinüberwerfen, ehe die Konferenz zum Abschluß gelangt sein würde, und in die Beschränkung der Souveränität der Türkei über die Meerengen (Dardanellen und Bosporus) und das für neutral erklärte kleinasiatische Gebiet, angrenzend an die Dardanellen bzw. an den Bosporus, einwilligen, insofern nämlich dieses Gebiet und die Meerengen zwecks Befestigung der Freiheit der letzteren vorwiegend der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden würden. Um Kemal Pascha für die Annahme obigen Angebots geneigter zu machen, ist der franz. Gesandte bei der Angorauer Regierung, der frühere Minister Franklin Bouillon, nach Ismid beordert worden, wo er mit ersterem am Donnerstag, d. 28. d. Mts., zusammenzutreffen hoffte. In der Nacht auf den 27. d. Mts. soll in Paris wie auch in London die prinzipielle Zusage Kemal Paschas, an der Friedenskonferenz teilnehmen zu wollen, eingetroffen sein, doch knüpfte er die Zusage an gewisse Bedingungen, über die aber bisher noch nichts Genaueres bekannt geworden ist. Wie verlautet, soll er u. a. darauf bestehen, daß Rußland zur Konferenz hinzugezogen würde und daß, wenn die Forderung der Einhellung der türkischen Kriegsoperationen aufrecht erhalten werden sollte, England seine militärischen Maßnahmen im Bereiche der Meerengen abänderte und insbesondere die Flotte aus diesem entfernte, die mit jedem Tage Verstärkungen erhielt. Rußland hat bereits 2 Noten an die englische Regierung gerichtet, in denen sie u. a. ausdrücklich erklärt, daß es keinerlei Konferenzbeschlüsse in bezug auf die Meerengen gelten lassen werde, die ohne seine Zustimmung gefaßt würden. Die Kemalisten sind inzwischen schon mehrfach in die neutrale Zone an den Dardanellen eingedrungen, sollen sich dann aber wieder zurückgezogen haben. In Konstantinopel herrscht große Aufregung unter der christlichen Bevölkerung, die in Scharen die Stadt verläßt, darunter namentlich auch die Angehörigen der Offiziere und Mannschaften des interalliierten Besatzungsheeres. Das konstantinopeler Kabinett ist zurückgetreten, um, wie es in der entsprechenden amtlichen Erklärung heißt, Kemal Pascha nicht weiter im Wege zu stehen, da

es unter den gegebenen Verhältnissen die Angora-Regierung de facto u. de jure als die alleinige Regierung der Türkei anerkenne. In Griechenland scheint es drunter und drüber zu gehen. König Konstantin habe, so heißt es, zu Gunsten seines Sohnes dem Thron entsagt. In Larissa, Saloniki, Mytilene und anderweitig soll die Revolution ausgebrochen sein, begünstigt durch das meuternde Heer und die meuternde Marine. Man kann auf die weitere Entwicklung der Dinge im Nahen Orient gewiß gespannt sein.

Bermischte Nachrichten aus Deutschland.

Wiederverheiratung Wilhelm II.
Die Vermählung des Ex-Kaisers mit der Prinzessin Hermine von Carolath, geb. Prinzessin Reuß, die zuerst verneint wurde, soll nun doch, wie eine formelle Anzeige besagt, im November d. J. stattfinden.

„Deutschland, Deutschland über alles!“
Der Reichspräsident hat in einer Verfügung bestimmt, daß entsprechend der Kundgebung vom 11. August 1922 (Versammlungstag) die Reichswehr das Deutschlandlied als Nationalhymne zu führen hat.
Einführung studierender Ausländer in die deutsche Kultur.

Die Technische Hochschule zu Charlottenburg bereitet zu Mitte November Sondervorlesungen zur Einführung in die deutsche Kultur für die ausländischen Studierenden vor, die ungefähr 1/3 aller Studierenden an dieser Hochschule ausmachen.

Selbennütige Rettung Deutscher durch Engländer.

Nach Mitteilung des Kapitäns eines unlängst bei Vigo gesunkenen deutschen Dampfers der „Hammonia“, ist die Rettung der gesamten Besatzung und der Passagiere dem selbennütigen Verhalten eines zu Hilfe gekommenen englischen Dampfers zu verdanken. Die deutsche Presse lobt einstimmig die Hilfeleistung der englischen Seeleute, deren Haltung bei Sturmhoher See nicht genug anerkannt werden könne.

Aus französischer Gefangenschaft endlich freigekehrt.

Der aus Avignon in Stuttgart eingetroffene ehemalige Kriegsgefangene Demeter aus Hannover-Linden wurde freilich empfangen, und es wurde ihm zu Ehren ein kleiner Empfangsabend veranstaltet, an dem die Regierung und die städtischen Behörden vertreten waren. Demeter war 7 Jahre abwesend, davon 6 in Gefangenschaft, bezw. 4 1/2, in der Strafgefängenschaft zu Avignon. Er hat, man möchte seine Kameraden in Toulon, die sich noch in Strafgefängenschaft befinden, nicht vergessen.

Unwetter.

Vom 22. d. Mts. berichtete Nauen: „Ein Nordoststurm wüthete in ganz Deutschland. Er hat den Gebirgsgehenden Schnee gebracht, während in der Ebene 18 Grad Celsius vermerkt wurden. Hamburg hat er großen Schaden zu zufügt, indem die niedriger gelegenen Stadtteile von Hochwasser überschwemmt wurden. Mehrere Fälle von Schiffsbruch werden gemeldet.“

Teilweise Zerstörung der Mercedes-Werke durch Feuer.

Am 17. d. Mts. berichtete Nauen: „Ein Teil der Mercedes-Werke in Darmstadt ist niedergebrannt.“

Das Feuer war im Apothekenlagergebäude ausgebrochen, früh morgens, vor Beginn der Arbeit. Selbstentzündung erscheint ausgeschlossen. Der Schaden ist ungesiegt groß.“

Das russische Botschaftsgebäude in Berlin.

Das Grundstück hinter den Linden 7 gehörte ums Jahr 1720 dem General Montelieu; 1734 erbauten die Geheimräte Müller und Zinnov hier ein Haus, welches später die Prinzessin Amalie von Braunschweig, Gemahlin des Prinzen August Wilhelm († 1758), des Bruders Friedrich des Großen, besaß. Hier wurde 1744 der spätere König Friedrich Wilhelm II. (1786—97) geboren. Dann besaßen das Haus die Herzogin von Kurland, darauf die Herzogin Dorothea von Sagan. Am Ende des Jahrhunderts besaß es der Hofmarschall von Nassow; darauf kaufte es der Kaiser Nikolaus I. von Rußland (1825—56), Gemahl der Prinzessin Charlotte von Preußen (1798—1860), welcher es vergrößerte und eine russische Kapelle auf dem Hofe erbaute. er bestimmte es als Palais für die russische Botschaft. Nun ist es im Besitze der Sowjetregierung.

Direkter Schiffsverkehr Hamburg—Australien.

Der Dampfer „Danau“ der deutsch-australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft hat Mitte August seine erste Ausfahrt nach dem Kriege von Hamburg über Bremen, Rotterdam, Antwerpen und Südafrika nach Australien angetreten. Nach achtjähriger Pause ist damit der direkte deutsche Dampfschiffsverkehr zwischen Hamburg und Australien wieder aufgenommen worden.

Die Handelsexpedition der russischen Sowjetregierung durch das Eismeer.

Auf Veranlassung der russischen Sowjetregierung ist eine große Handelsexpedition ausgerüstet worden, die mit Waren aus Deutschland und England auf dem Seewege um das Nordkap und das Karische Meer zum Obj und Jenissei geht und bei der Rückkehr Erzeugnisse aus Sibirien mitbringen wird. Sie besteht aus den 5 Dampfern „Wneschorg“, „Trojts“, „Arios“, „Leonid Krassin“ und „Jakob Swerdlow“ sowie einem Eisbrecher. Sämtliche Schiffe befinden sich auf dem Wege nach Tromsø, von wo aus die Weiterreise gemeinsam erfolgt. Geleitet wird letztere durch die schon von der zarischen Regierung an den Eingängen zum Karischen Meer und östlich von diesem auf der Straße zum Obj und Jenissei errichteten Funkstationen, mit deren Hilfe Nachrichten über Eis- und Bitterungsberichte beschafft werden können.

Diese Handelsexpedition ist bereits die dritte der von der Sowjetregierung nach Sibirien gesandten Expeditionen. Die vorjährige brachte 10 000 Tonnen Waren nach Sibirien und hatte bei der Rückfahrt etwa 5 000 Tonnen sibirische Erzeugnisse an Bord. In diesem Jahre bestehen die für Sibirien bestimmten Ladungen aus Landwirtschaftsmaschinen, Getreihen, Pulver, Ärzten und anderen Geräten für den landwirtschaftlichen Bedarf in Sibirien. Als Rückfracht rechnet man mit ungefähr 10 000 Tonnen sibirischer Rohmaterialien, wie: Pelzwerk, Häute und Felle, Wolle, Flach usw.

Die Schiffe der Handelsexpedition gehen gewöhnlich bis zur Mündung der Ströme; die Beförderung der Waren in das Innere des Landes bezw. aus demselben erfolgt auf Flußfahrzeugen.

(N. Preuß. Stg.)

Der irische Freistaat.

Es ist lange her, seit wir zum letzten Male der Vorgänge in Irland, des Freiheitskampfes, gedacht haben. Inzwischen hat letzterer — mit dem Abschluß des irisch-englischen Vertrages — das selbständige Südirland, den irischen Freistaat, gesetzt. Die nordöstliche Landchaft Ulster mit ihrer aus britischen Ueberbleibern bestehenden, englisch-protestantischen und daher die englische Herrschaft anstandslos billigende Bevölkerung (die Iren sind keltischen Ursprungs, katholisch und haben das englische Joch seit der gewalttätigen Vereinigung Irlands mit England in Gesehzgebung und Verwaltung — im Jahre 1800 — stets mit Unwillen getragen) hat der Freiheitsbewegung ablehnend gegenüberstanden und sich nicht dazu entschließen können, mit dem übrigen Irland, dem heutigen irischen Freistaat, gemeinschaftliche Sache zu machen, mit ihm statt mit England zusammenzugehen und im weiteren Verlauf der Geschicke den von den Iren lebhaft ersehnten irischen Einheitsstaat auf der „grünen Insel“ zu schaffen. Dublin, der Sitz der Regierung des irischen Freistaats, und Belfast, der Sitz der Ulster-Regierung und des Ulster-Parlaments, stehen einander nach wie vor gleich feindlichen Stiefbrüdern gegenüber, was aber keineswegs ausschließt, daß eines Tages nicht doch auch in Belfast die von den rastlosen irischen Nationalisten geführte Agitation zu Gunsten des irischen Einheitsstaates und die häufigen durch sie bedingten Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch allenthalb revolutionäre Akte schließlich dasselbe Ergebnis zeitigen werden, wie in Südirland, nämlich die endgültige Trennung von England, und daß dann der irische Freistaat die Landchaft Ulster und damit ganz Irland mitumfassen wird.

Leider sieht es aber auch in dem nun anerkannt selbständigen Südirland bei weitem nicht befriedigend aus. Denn obwohl am 9. d. Mts. das irische Parlament zu tagen begonnen hat, müssen die irischen Regierungstruppen gegen unbotmäßige Freischaren im Lande, die unter Leitung des von dem Freiheitskampf her rühmlichst bekannten Führers der Sinnfeiner und ersten Präsidenten der irischen Republik De Valera stehen, den Kampf fortsetzen. Nach Verdrängung derselben von ihrem letzten Stützpunkt, dem im äußersten Süden des Landes liegenden Cork (zweitwichtigste Handelsstadt Irlands) scheinen sie allerdings aus dem Felde geschlagen zu sein. Doch beweist schon allein die Tatsache, daß die Kämpfe in Südirland auch nach erlangter Selbständigkeit anhalten und mit besonderer Leidenschaftlichkeit geführt werden (nunmehr als Bürgerkrieg!),

und noch mehr der am 12. August d. J. erfolgte blühliche Tod Arthur Griffith's, des Nachfolgers De Valera's im Amte, des zweiten Präsidenten des irischen Freistaats, und all das, was anlässlich seines Todes über die Vorgänge hinter den Kulissen der irischen politischen Bühne in der Presse („Deutsche Allg. Ztg.“ u. a.) mitgeteilt wurde, daß eine baldige völlige Verhugung des neuen Freistaats nicht zu erwarten ist. Eine solche ist unwahrscheinlich, solange De Valera lebt (man hat ihn schon öfters sterben lassen) und seine politische Ueberzeugung nicht ändert, die darin gipfelt, daß, da der englisch-irische Vertrag dem irischen Volke nicht die volle Unabhängigkeit und Freiheit gebracht habe, der Kampf gegen alle und jeden fortgesetzt werden müsse, der der Verwirklichung dieses Ideals im Wege steht.

Wer aber war Griffith und was hat der Name De Valera mit seinem Tode zu tun? Griffith entstammte einer ursprünglich walisischen Familie, die seit Generationen in Irland heimisch ist. Sein Vater, ein Christfeher, führte ihn in seinen eigenen Beruf ein, in dem er sich zum Redakteur emporarbeitete. Nach dem Kriege widmete er sich der Sinnfeiner-Bewegung, der er selbst diesen Namen gab, und war zunächst Vizepräsident der irischen Republik. Als im vergangenen Januar die Wiedereinsetzung De Valera's zum Präsidenten abgelehnt wurde, wurde Griffith Präsident und führte mit Collins zusammen den Abschluß des Vertrages mit Lloyd George glücklich durch. Von nun an war er Todfeind De Valera's, der sich an der Spitze der irischen Insurgenten mit der Waffe in der Hand ihm gegenüberstellte.

Wohl ist es dem nächsten Mitarbeiter Griffith's, dem Heerführer Collins, gelungen, die Freischärler sprittweise zurückzudrängen, bis sie schließlich, wie schon oben bemerkt, auch ihren letzten Stützpunkt Cork aufgeben mußten und damit abgetan zu sein schienen, aber am 22. August ist auch Collins plötzlich aus dem Leben geschieden — er wurde in der Grafschaft Cork hinterrücks erschossen —, und mit dem Ableben dieser beiden, Griffith's u. Collins, der stärksten Männer in der bisherigen Regierung Südirlands, hat De Valera bezw. seine Gefolgschaft neue Kraft zur Gegenbewegung gewonnen. An die Stelle von Collins ist der Generalstabschef der irischen nationalen Armee Muliani als Oberbefehlshaber und Gorgier (?) als zeitweiliger Präsident des irischen Freistaats getreten.

Es bleibt nun abzuwarten, ob die Nachfolger Griffith's und Collins sich als die Männer erweisen werden, die Sache des selbständigen Südirlands mit Erfolg weiterzuführen, oder ob De Valera, der selbst nach Amerika

gereist sein soll, wo er bei den dortigen irischen Auswanderern, deren Zahl beträchtlich eine erhebliche ist, moralische und materielle Unterstützung zu finden hofft, indes seine Getreuen sich in die Berge zurückgezogen haben; von wo sie eine Art Guerillakrieg (Kleinrieg mittels Streifscharen) gegen die Regierungstruppen zu führen beabsichtigen, die Oberhand gewinnen wird, was natürlich gleichbedeutend wäre mit Wiedereinsetzung der irischen Frage im ganzen Umfange, einschließlich der Revision des von Griffith und Collins getroffenen, De Valera aber nicht befriedigenden Vertrages mit England.

Französische Propaganda.

Von Studentat R. Ehringhaus-Cassel.

In diesen Tagen erhielt ich ein französisches Lesebuch, das jetzt in Ober-Schulbüchern in den Volksschulen gebraucht wird. „Les lectures des petits“ (Lesebuch der Kleinen) von Direktor R. Fournier-Paris, Buchhandlung Gedalge. Darin liegt folgendes:

S. 111 ff.: In einem Aufsatz „Die kleinen Berstimmellen“ wird erzählt, wie ein kleiner Belgier aus Dinant, dem die Deutschen beide Arme abgehakt hätten, nach Frankreich kommt, und ein zweiter Junge, der infolge Bombenabwurfs ein Bein verloren hätte. Dann fährt J. fort: „Was haben diese Arnen verbrochen, daß man sie so verkrümmelt? O, diese niederträchtigen Deutschen! Die Kinder von Frankreich werden Euch lange Zeit in ihren Herzen suchen!“

S. 118 ff.: In dem zweiten Aufsatz „Das Holzgewehr“ wird erzählt, wie französische Kinder mit Holzgewehren Soldat spielen. Da kommen deutsche Soldaten und erschließen einen Jungen von 7 Jahren. Auf S. 114 wird dies auch noch in einem Bild dargestellt! J. fährt dann fort: „O, die Deutschen, welche Verbrechen, welche Feindschaft! Ihr habt wohl keine Väter, die ihre Kinder lieb haben?“

In der Unterhaltung, die sich an den Aufsatz anschließt, sagt die Mutter zu ihrem Sohn: „Nicht wahr, mein Junge, du wirst dieses Verbrechen nicht vergessen, indem sie ihm tief in die Augen sah. — „Ja, verpöche es dir, meine Mutter“, antwortet der Sohn.

S. 128 ff.: Ueber dem dritten Aufsatz „Die Kathedrale von Reims“ ist ein Bild, das die Kathedrale in Flammen zeigt. In dem Gespräch hierüber sagt der Sohn: „Warum haben die Deutschen die Kathedrale in Brand gesteckt?“ Die Mutter antwortet: „Sie haben vor nichts Scheu, die Glenden! Sie haben Kinder getödtet, Frankreich

F e n i l l e t o u .

Die Kunstgewerbeexport-Ausstellung in Hamburg und ihre Bedeutung.

Im Zusammenhang mit der „Deutschen Ueberseewoche“, die Anfang August in Hamburg stattfand, wurde am 12. 8. d. J. daselbst eine „Deutsche Kunstgewerbeexport-Ausstellung“ in Gegenwart von Vertretern der Reichsregierung, des Hamburger Senats und der Landesbehörden eröffnet. Generaldirektor Sange betonte in seiner Begrüßungsrede, die er im Namen des Präsidiums der „Deutschen Ueberseewoche“ hielt, u. a. folgendes: „Niemals dürfte es seit Beendigung des Krieges so notwendig gewesen sein, zu zeigen, daß das deutsche Volk arbeiten will und durch seinen rastlosen Arbeitswillen hochzukommen befreit ist. Der Friedensvertrag von Versailles hat uns viel geraubt. Deutschen Fleiß, deutschen Arbeitswillen und deutsche Tüchtigkeit kann uns kein Staatsvertrag nehmen. Eins aber haben wir doch gelernt, daß wir noch in ganz anderer Weise als bisher auf deutsche Qualitätsarbeit Wert legen müssen, die berufen ist, das „Made in Germany“ zu einer Ehrenbezeichnung für deutsche Qualitätsware in der ganzen Welt zum Ansehen zu bringen.“ — Senator Schumann ergänzte die Ausführungen Sanges, indem er hervorhob, daß die Hamburger Ueberseewoche der Welt die Qualitätsleistungen deutscher Arbeit veranschaulichen und vor den Augen der Welt ein wahres Bild der deutschen Kultur aufbauen solle. „Soziales und Sittliches greifen in dieser Ausstellung ineinander, und diese Vereinigung ist ja das, was wir „Kultur nennen“, sagte Reimer und fuhr alsdann fort: „Die Schöpfungen des deutschen Kunstgewerbes sollen dem

Hamburgischen Außenhandel übergeben werden. Sie sollen der Welt zunächst werden durch Hamburgische Exporteure, als die berufenen Sachwalter und Fürsprecher für die Kultur unserer Heimat in der weiten Welt.“ Der Redner schloß mit den Worten: „Wenn wir die Geschichte des deutschen Volkes überblicken, von jenem ersten Vertrage an, der zu Verdun geschlossen wurde, bis hin zu dem juchhabenden Jubel des Jahres 1919, so muß sich mandern wieder der Gedanke aufdrängen, daß das deutsche Volk für eine Weltmachtspolitik nicht geeignet ist. Aber immer wieder wird es sich auch zeigen, daß für eine Weltkulturpolitik im deutschen Volke alle Voraussetzungen gegeben sind, und auch diese Ausstellung wird in dieser trüben, jenenlosen Zeit jene Ueberzeugung festigen.“ („Deutsche Allg. Ztg.“)

Die Spielwarenindustrie im Lichte der Leipziger Messe.

Von Paul Rießig-Leipzig.

Ein Trisolium (Dreieck) ist es, das den Grundriß des Leipziger Messenverkehrs bildet: Keramik, Glas, Spielwaren. Es sind das drei Industriezweige, die von jeher der Leipziger Messe ihr Uebergewicht über die Konkurrenz messen gegeben haben und wohl auch immer geben werden. Was insbesondere die Spielwarenbranche angeht, so kann man von der Leipziger „Spielwarenmesse“ reden, denn auf den anderen Messen treten Spielwaren nur in untergeordneter Ordnung auf. Die Spielwarenherzeuger in den Hauptzentralen des Erzgebirges, Thüringens usw. wissen ganz genau, daß für sie die Leipziger Messe das wichtigste und ausschlaggebendste Absatzgebiet ist und daß für sie die Beschickung anderer Messen sich erübrigt.

Ist es doch zahlreiche Spielwarenfabriken, die sich fast ausschließlich auf der Leipziger Messe den Arbeitsstoff für ihre zahlreiche Arbeiterkräfte holen. Die Spielwarenherzeuger haben sich deshalb in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen jede Messenverschiebung ausgesprochen. Für sie kommt eben nur eine Messe, nämlich die Leipziger in Frage.

Die deutsche Spielwarenindustrie nimmt unter den Ausfuhrindustrien wohl die erste Stelle ein, sofern es sich um den Procentsatz handelt, der von den erzeugten Mengen über Deutschlands Grenzen in alle Welt hinausflutet. Zur Zeitzeit gibt dies mehr als je zuvor, da auch die Mengen, die von Fabrikanten an den Groß- und Kleinhandel in Deutschland abgegeben werden, zum großen Teil ausländische Käufer finden und so ebenfalls zum Export gebracht werden. — Solange die Baluta so außerordentlich günstig für das Ausland steht, kauft es, was es bekommen kann, aber der ewige Beschel der Baluta und der augenblicklich ershörende Tiefstand der Mark bringen sowohl Fabrikanten wie Exporteure in eine verzweifelte Lage. Aufträge gibt es in Fülle, jedoch hat der Spielwarenherzeuger mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Jede Aenderung der Baluta wirkt die getroffenen Dispositionen über den Kaufen, jede Verschlechterung der Mark bringt neue Preiserschöngungen, so daß jetzt in vielen Fällen das Zweihundertfache der Vorkriegspreise erreicht und teilweise noch überschritten ist. An die Widerstandskraft der Fabrikanten und Exporteure werden Anforderungen gestellt, denen die Einzelnen kaum noch gewachsen sind, die die Luft am Geschäft vergällen. Dies ist in kurzen Zügen die allgemeine Lage in der Spielwarenindustrie. Ueber der künftigen Gestaltung liegt ein Schleier, alles hängt sozusagen in der Luft, alles hängt von der Baluta ab, und es mag doch niemand voraussetzen, welche Wendung die

weise; sie haben unsere Bewundeten gemordet; sie haben Häuser angezündet, unsere Hospitaler und Bewundetenzüge mit Bomben beworfen. Sie schreden vor keinem Verbrechen zurück, um uns möglichst Böses zu tun. — Der Sohn sagt darauf: „Die Franzosen würden so etwas nicht tun, sie sind bessere Menschen!“, worauf die Mutter antwortet: „Sie sind besser.“

So werden heute — vier Jahre nach dem Krieg — in Elsch-Verträgen und Frankreich schon die kleinen Kinder systematisch mit Haß gegen Deutschland erfüllt. In Deutschland hat es weder vor, noch nach dem Kriege jemals ein Lesebuch für Volksschüler gegeben, in dem solche Lügen und haßerfüllte Erzählungen und Bilder gestanden haben!

Damit weiteste Kreise über diese Kulturarbeit der „großen Nation“ aufgeklärt werden, bitte ich um möglichst weite Verbreitung dieser Auszüge aus dem französischen Lesebuch von Journier.

Hierzu bemerken die „Münchener Neuesten Nachrichten“, denen wir obigen Artikel entnommen haben:

„Diese paar Beispiele, die bei einer Durchsicht der französischen Schulbücher mühelos verunderrachtet werden können, beweisen, daß die traditionelle Pflege des Deutschenhaßes bei der französischen Jugend auch jetzt, nach dem Kriege, fortgesetzt wird. Welche Ausmaße sie vor dem Kriege angenommen hatte, haben die „Säbdeutschen Monatshefte“ in ihrem Märzheft „Frankreichs Kriegsvorbereitung in der Schule und bei der Jugend“ dokumentarisch bewiesen.“

Bekämpfung des Banditenunwesens in Georgien.

In der örtlichen Presse („Sarja Wostok“, „Prawda Gruski“ u. a.) ist seit Wochen häufig die Rede von „Banditen“, die in einigen Teilen des Landes durch Verübung gemeiner oder politischer Verbrechen das Ansehen der Sowjetgewalt untergraben und der von letzterer angeordneten Befestigung der Diktatur des Proletariats somit hindernd im Wege stehen. Diesem Unwesen, das sich besonders in den Kreisen Bortschalo, Telaw, Sighnag und Tioneti ausgebreitet habe, ein Ende zu machen, sei eine der dringendsten Aufgaben der Arbeiter- und Bauernregierung im Sowjetstaat. Nachsicht dürfe hierbei unter keinen Umständen erwartet werden. Mit Stumpf und Stiel müsse das Banditentum ausgeremert werden. Es sei nicht zu

politischen und mit ihnen die wirtschaftlichen Verhältnisse nehmen. Der Beschäftigungsgrad in der Spielwarenindustrie ist, wie schon bemerkt, zurzeit noch gut, weil der größere Teil der Erzeuger von solchen bedeutende Aufträge von der Frühjahrsmesse her zu Buche stehen hat. Die Ausführung dieser Aufträge konnte aber bisher erst nur zu einem Teil erfolgen. Nachteilig hat namentlich der Streik in der Metallindustrie auf die Spielwarenerzeugung gewirkt, soweit Metall für die Verarbeitung in Frage kommt. Auch in anderen Materialien ging die Beschäftigung nicht immer nach Wunsch konstanten.

Ergreifend ist, daß es dem deutschen Spielzeugvermögen seiner Qualität gelungen ist, die während des Krieges erlittene Auslandskonkurrenz mit Erfolg zu bekämpfen. Man sucht deshalb auf andere Weise aus dem Außenhandel zu erschweren. Vor allem gilt dies von den Vereinigten Staaten von Nordamerika, das bekanntlich den Einfuhrzoll verhöfthelt hat. Es ist deshalb immerhin mit einer Währungshöhung nach der Union zu rechnen. Hoffentlich kommt das von den englischen Spielwarenfabrikanten so energig beschworerte Antidumping-Gesetz nicht zur Anwendung, weil sonst der Absatz deutscher Spielzeuge nach England und den Kolonien leicht eine fühlbare Eindämmung erfahren würde.

Die erzgebirgische Holzspielwarenindustrie ist in allen Erzeugnissen mit Bestellungen voll besetzt. Schon zur Frühjahrsmesse wurden bedeutende Bestellungen erteilt, wenn auch die deutschen Abnehmer vorsichtig disponieren, da vielfach die Ansicht vorherrscht, daß die Preise nicht mehr angelegt würden. Dies mag vielfach bei der Detail-Kundschaft zutreffen. Man kann dem Einkäufer nicht widersprechen, denn es wurde schon im Vorjahre quantitativ viel weniger gekauft. Wie steht es aber nun, nachdem sich die

bulden, daß Banditen, die sich sogar in den Sowjetdienst eingeschmuggelt hätten, wie z. B. in die Miliz des Kreises Bortschalo, oder eine Gruppe von gewissen Fürsten und Leuten von niedrigerem Adel mit ihren Halsabschneidern sich edreisten, die aufbauende Arbeit der Sowjetgewalt zu Ruin und Frommen der Arbeiter und Bauern Georgiens, die die Herrschaft der fürklichen Gutsbesitzer, der Dorfwohner und der städtischen Bourgeoisie genützt hätten, unterbinden zu wollen. Und daß es der Sowjetgewalt Ernst ist damit, d. h. daß sie wirklich „mit glühendem Eisen“, wie sie sagt, die „Stiftbeule“ des Banditentums „ausbrennen“ will, dafür bürgt die Bekanntmachung der Außerordentlichen Kommission („Tscheka“) der S. S. R. Georgien in Nr. 434 der „Prawda Gruski“ vom 13. d. Mts., aus der zu ersehen ist, daß auf Grund nur eines einzigen Urteilspruches vom 6. d. Mts. 20 Personen erschossen wurden, darunter allein 7 ehemalige Angehörte der Bortschaloer Kreidmiliz als gemeine Verbrecher (Erpresser, Betrüger u. dgl. m.) und 13 Personen, meist junge Gelehrte, die unter der Leitung Rajchows Tschotolatschwis durch Verhärterung des Bandenunwesens in den Kreisen Telaw, Sighnag und Tioneti die Arbeiter- und Bauernregierung zu füttern versucht hätten.

Der georgische Menschewismus „reiß für die Anklagebank“.

Die „Sarja Wostok“ (Morgenrotte des Ostens), das Organ des Transkaukasischen Bezirkskomitees der Russischen Kommunistischen Partei und des Bundesrats der Transkaukasischen Sowjetrepubliken, veröffentlicht in № 65, vom 5. September d. J., an leitender Stelle einen „Ruben“ unterzeichneten Artikel mit der Ueberschrift „Reiß für die Anklagebank“. In ihm wird, anknüpfend an das vorerwähnte Urteil in dem Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, die im Kampfe wider die Sowjetgewalt als Mitglieder einer politischen Partei schließlich ganz gemeine Verbrecher („Banditen“) geworden seien, den georgischen Menschewiti vorgeworfen, daß sie sich auf dieselben abschüssigen Bahn befänden wie die russischen Sozialrevolutionäre, und in Anbetracht an die Beweisführung für die Richtigkeit dieser Behauptung das gleiche Schicksal vorauszusagen, das jene ereilt hat, d. h. daß sie logischerweise ebenfalls auf die Anklagebank kommen und hier für ihre Missetaten denselben Lohn empfangen würden wie die russischen Sozialrevolutionäre. Es ist das eine Prophezeiung, wie man ähnlichen in letzter Zeit in der hiesigen Presse, so u. a. auch in der „Prawda Gruski“, dem Organ des

Preise seit der Messe fast auf das Vierfache stiegen? Ein großer Teil der deutschen Kundschaft hält diese Preissteigerung für unmöglich und unredentlich, trotzdem sie eine logische Folge der Markterwertung ist. Die Material- und Holzpreise haben eine Höhe erreicht, die man nie für möglich gehalten hätte, die Löhne haben sich seit März auch fast verdreifacht. Die erzgebirgische Spielwarenindustrie ist also trotz vieler Aufträge nicht auf Rosen gebettet. Das Resultat am Jahresabschluss wird trotz aller Mühe und Arbeit noch ein recht zweifelhaftes sein, wenn die Geldentwertung so weiter anhält.

Die Spezialität Puppen zählt noch immer zu einem der wichtigsten Zweige der Spielwarenbranche. Dem heutigen Weltaustand entsprechend, ist seitens des Auslandes große Nachfrage nach Puppen. Soweit zu freibleibenden Preisen verkauft worden ist, werden gute Umsätze erzielt. Leider aber ist dies bei vielen Verkäufen nicht der Fall — so daß trotz günstiger Baluta ein Teil der Industrie mit nur geringem Nutzen zu arbeiten gezwungen ist. Kechnlich ist es auch bei Inlandsverkäufen. Die ständigen Kurschwankungen bedingen nicht nur fortwährende Lohnsenkungen, sondern auch dauerndes Feuerwerden der Rohmaterialien, was wiederum die fortgesetzten Preisrückgehungen für die Fertigerware nach sich zieht. Wenn auch die Puppe noch immer eins der beliebtesten Spielzeuge ist, so erweist sich immerhin der ziemlich hohe Preis, namentlich der Qualitätsware, einem größeren Umfasse hinderlich. Ein klares Gesamturteil läßt sich bei den gegenwärtigen Verhältnissen schwer abgeben. Für den Inlandsabsatz spielt bekanntlich das Weihnachtsgeschäft eine große Rolle. Wie sich dieses heuer gestaltet, ist mehr denn je ungewiß.

(Leipz. N. Nachr.)

Zentral- und des Exekutiv Komitees der Kommunistischen Partei und des Volksgaugsausschusses des Reiches der Arbeiter, Bauern- u. Notarmilchdelegierten Georgiens, häufiger begünstigt ist, und die daher — eine Ankündigung des Gerichts über die menschewitische Partei — nicht als private Meinung eines Einzelnen, sondern als Ausdruck der öffentlichen Meinung Sowjet-Georgiens zu betrachten ist. In Erwägung dessen seien denn auch hier folgende Stellen aus oben erwähnter Beweisführung des Verfägers in der Schuldsfrage betreffs der georg. Menschewiti dem Wortlaut nach wiedergegeben: „Die menschewitische „Demokratie“ wurde gegen-revolutionärer Handlungen beschuldigt und vom Gericht der Beschichte zur Verbannung aus Georgien verurteilt. Dieses Urteil ist vollstreckt worden. In Europa angelangt, suchten die Menschewiti, unzufrieden mit dem „ungerechten“ Urteil, eine Appellationsinstanz. Interessant ist es, zu verfolgen, wie die menschewitische Partei, ähnlich der sozial-revolutionären Partei, allmählich bis zum kriminal-banditenhaften Weisgarbeitentum hinabgleitet. Sehen wir uns mal die Arbeit der Menschewiti in Europa und Sowjet-Georgien näher an: In Europa begannen sie in allen „demokratischen“ Sprachen zu schreiben, ihre demokratischen Prinzipien im Namen Karl Marx zu bewähren und als an die erste Appellationsinstanz wandten sie sich an die 2. Internationale und das europäische Proletariat. Was nun das europäische Proletariat betrifft, so kam die Sache nicht aus. Das hatte schon an der eigenen „Demokratie“ genug, und die menschewitische Hand blieb in der Luft hängen. Bis zu einem gewissen Grade leistete die 2. Internationale ja Hilfe, indem sie einen Beschluß faßte, nach welchem die Volkswelti das strenge Urteil aufheben und der menschewitischen „Demokratie“ gestatten sollten, sich wieder in Georgien niederzulassen. Unglücklicherweise erwiesen sich die Volkswelti so „breit“, daß sie außer der 2. Internationale keiner anderen Internationale folgen wollten. Die Menschewiti werfen nun ihre sozial-demokratische Toga ab und begannen die Schwellen der englischen und der französischen Börse abzutreten, in der Annahme, daß sie hier mehr Erfolg haben würden als beim europäischen Proletariat. Es geht nun die Bearbeitung der europäischen öffentlichen Meinung an. Lügen, Verleumdungen und Unterstellungen aller Art fließen überreicht aus den menschewitischen Quellen an die Adresse der Sowjetgewalt in Georgien. Die Geschworenen von der 2. Internationale ergänzen all das, und Sowjet-Georgien wird zur Zielscheibe sämtlicher anti-sowjetischen Parteien, Gruppen und Richtungen. Aber der praktische Bürger ist viel zu berechnend; das Unrecht erseht ihm zu wenig

Buchausstellung in Leipzig.

Am 17. d. Mts. ist in Leipzig eine Ausstellung eröffnet worden, die die Bezeichnung führt: „Deutsche Bucherschau 1922“ und von der Leipziger Volkskademie und dem Deutschen Buchgewerbeverein unter Beteiligung Leipziger Buchhändler im Deutschen Buchgewerbehaus veranstaltet wird. Sie will das Buch als Kunstwerk ebenso zur Geltung bringen wie als Sinnbild und Maßzeichen eines geistigen Prozesses. Durch Anordnung nach psychologischen und künstlerischen Gesichtspunkten will sie dem Beschauer eine Vorstellung von der ganzen Mannigfaltigkeit jener inneren Welt geben, deren natürlicher Ausdruck das Buch ist. Die Ausstellung bringt u. a. die Bibliothek eines Arbeiters und eines kaufmännischen Angestellten, eines Volkschullehrers und eines Rechtsanwalts. Mit Rücksicht auf die gleichzeitige Tagung der Deutschen Naturforscherversammlung*) sind auch einige wissenschaftliche Sondergruppen (der Arzt, Naturforscher, Geologe, Chemiker) zur Ausstellung gekommen. Die privaten Interessen des durchschnittlichen Lesepublikums werden durch einen Rundgang „Der Mensch und das Buch“ erfüllt, indem das Bilderbuch, die Welt des Märchens, Schelme und Abenteuer, die Bibliothek eines jungen Mädchens und die Bücherwelt im Alterungsstadium, die Bücher eines Bucherliebhabers, eines Kunstfreundes, eines Wanderers, eines Sportmanns usw. gebracht werden. Die Ausstellungseröffnung liegt in den Händen von Dr. Karl Brand u. Dr. B. Tornius. Später soll die Ausstellung noch in anderen Städten gezeigt werden.

(„Dtsche Allg. Ztg.“)

*) Es. in Nr. 34 der „R. P.“: „Hundertjahrfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher u. Ärzte“. Sie wurde am 18. d. Mts. unter Beteiligung von ca. 4000 Personen eröffnet. — D. Schrift.

gewinnbringend, als daß er sein Kapital in daselbe hin-einstecken möchte. Und kein Wunder ist es, wenn Lloyd George auf der Genuefer Konferenz, überhäuft mit euro-päischen Angelegenheiten, nicht Zeit findet für die „a-frikanischen“ Fragen, zu denen auch die des „demokratischen“ Georgiens gehört. Selbst dem Knecht Gottes Ambrosius gelang es nicht, die zivilisierte Welt zur Intervention in Äthien und zur Wiederherstellung des menschewitschischen Ax-laden zu veranlassen. So blieb denn nur der letzte Weg: sich mit den Daschnaks, Musawatschis, Nationaldemokra-ten und Föderalisten zu vereinigen und gemeinschaftlich mit ihnen die die Sowjetgewalt desorganisierende Arbeit in den Sowjetrepubliken selbst zu beginnen, in Europa aber — auf gutes Weiter zu warten. Wie nun arbeiteten die Menschewiki in Sowjet Georgien? Auch hier ver-suchten sie, an die Arbeiterklasse zu appellieren. Die erste Diktatur erhielten sie, als der Eisenbahnerstreik durchfiel. Die Wahlen in die Räte und der 26. Mai waren Mo-mente des politischen Todes der Menschewiki, als soziali-stische Partei. Die Arbeiterklasse folgte ihnen nicht nur nicht, sondern brandmarkte vielmehr ihre Handlungsweise. Ganze Gruppen von Arbeitern, alte Menschewiki, traten aus der Partei aus und tun solches eben noch. Nicht eine der Lesungen, die sie in die Arbeiterklasse geworden hat-ten, wurde von letzterer aufgegriffen. Ihre zum größten Teil nationalchauvinistischen Lösungen fanden Anklang ausschließlich bei der chauvinistisch gestimmten Intelligenz. In der Arbeiterklasse eine Stütze zu finden, gelang den Menschewiki nicht. An die Bauernschaft mit ihrer men-schewitschigen Physiognomie heranzutreten, wagten sie lange nicht. Die Bauern Adschiens, Adschariens, Süd-Ostiens, Dschetsch, Zschschghams usw. haben noch zu sehr die Straf-expeditionen Baisko Djugelais und der übrigen mensche-witschischen Zuchtigute im Gedächtnis. Und nur das Ein-sammeln der Naturalsteuer bot ihnen geringe Möglichkeit, unter den Bauern zu agitieren. Sie werfen die Lösung ins Dorf: „Sib nicht die Naturalsteuer!“ In ihren Pro-klamationen und Zeitungen spielen sie sich als Verteidiger der Bauern auf, aber auch hier können sie nicht Boden finden. Die Bauernschaft gibt dem gegen-revolutionären Einfluß nicht nach. In dieser Hinsicht hat sich das Schicksal der georgischen Menschewiki ähnlich gestaltet wie das ihrer Brüder im Weisse und im Handwerk in Rußland. Logi-scherweise müssen sie denselben abschüssigen Weg gehen, den die Sozialrevolutionäre gingen und die russischen Menschewiki heute noch verfolgen. Die Sozialrevolutio-näre mußten, als sie jeglichen Boden inmitten der Wert-ländigen verloren hatten, notgedrungen sich in einen Haufen Banditen und unmittelbarer Missetäter der europäischen Börse verwandeln und organisch mit den unerbittlichsten Weisagräbern verschmelzen, Bräden sprengen, Arbeiterzüge zum Entgleisen bringen, Führer des Proletariats ermor-den und alle die Verbrechen begehen, die der Prozeß auf-gedacht hat. Sind die georgischen Menschewiki nicht den-selben Weg gegangen? Sind sie etwa nicht in ein orga-nisches Bündnis mit Gutsherrn, Oberleuten, Dorfwoh-rern und Hohen eingetreten? Und treten sie heute nicht als Initiatoren von Räuberbanden auf? Diese Fragen lassen sich nur in positivem Sinne beantworten. Die Menschewiki sind jowoit heruntergekommen, daß sie als politische Partei zu bestehen aufgehört haben. Die Arbeiterklasse Georgiens verfolgt aufmerksam die gegen-revolutionäre Arbeit der gewissen Leute und Leuten, und wenn der georgische Menschewismus wirklich den Weg der Sozialrevolutionäre gegangen ist, so kann ihm folglich die Anklagebank nicht erspart bleiben. Hier werden die Verbrechen der Menschewiki in gehöriger Weise beurteilt und verurteilt werden.“

Aus dem Leben der Deutschen in Aserbeidjan.

Vom Schulwesen in den deutschen Kolonien Aserbeidjans.

Am 7. u. 8. August tagte in Georgfeld die Abge-ordnetenversammlung des Sanbjaer Bingerverbandes, die u. a. die Frage der „Hebung und Unterstützung der deut-schen Schulen“ auf ihre Tagesordnung gesetzt hatte. Es mußte einleitlich vorgegangen werden, damit über dem wirtschaftlichen Fortschritt der geistige nicht zu kurz komme und vergessen werde, und so beschloß man, zum 20. August eine Lehrerversammlung nach Helenendorf einzuberufen, damit die allgemeinen Wünsche und Bestrebungen

festen Gehalt gewinnen und die Richtlinien für die gemein-same Arbeit entworfen werden könnten. Diese Zusam-menkunft hat am 21. u. 22. August stattgefunden. Aus allen Kolonien waren die Lehrer gekommen, mit Ausnahme von Georgfeld. In den Sitzungen nahmen auch die Vertreter des Bingerverbandes und der Gemeinde teil.

In der Begrüßungsansprache wurde folgendes be-tonnt: Die Arbeits- und Lebensverhältnisse hier bringen es mit sich, daß unsere Schüler körperliche und geistige Arbeit abwechselnd leisten und die Entwicklung damit auf einem gefunden Boden bleibt. Die Befürchtung der Väter, ihre Söhne könnten nach Beendigung der Mittelschule die körperliche Arbeit verachten, was somit bisher unbegründet. Man kann bei unserer Jugend nicht über Mangel an „Birtlichkeitstümm“ klagen, wie ein Mitarbeiter der „R. P.“ behauptet, sondern über das Gegenteil. Daher fällt uns Lehrern die schwere Aufgabe zu, in ihr den Sinn für böchste Zwecke und Ziele des Lebens zu wecken und zu pflegen. Dem Fleiß und der Gefahr solcher Lehrervereinigungen, die Latkraft in schönen Worten und Beschlüssen verpuffen zu lassen, können wir nur dann entgegen, wenn wir uns immer bewußt bleiben, daß wir uns hier bloß zum Handeln und Tun anregen lassen sollen. — Der Vertreter des Verbandes erklärte, daß diese große wirtschaftliche Verzerrung es für ihre ernste Pflicht halte, das Schul-wesen der Kolonien nach Kräften zu heben und zu unter-stützen und daß sie es übernehme, die Helenendorf'sche Mit-telschule zu unterhalten und auch ein zu gründendes Schülerehem zu unterstützen. Es solle jetzt auch eine ein-geleitliche Beförderung der Lehrer erstrbt werden und zur Durchführung aller geplanten Verbesserungen müsse eine Verwaltung der Schulen, eine Art Ober-Schulrat, gewählt werden. — Darauf folgten die Berichte aus den einzelnen Kolonien über das letzte Schuljahr, woraus zu ersehen war, daß es hauptsächlich an Lehrern und Lehrmitteln mangelte; in einzelnen Kolonien war man durch die poli-tische Beschagnahme der Schulräume am Arbeiten ge-hindert; am schlimmsten in jeder Beziehung war Innen-feld dran; zu wenig Lehrer, ungenügende Schulräume und keine Lehrmittel! Die neunklassige deutsche Ober-Mittelschule war für Helenendorf als maßgebende Musterform einer Mittelschule gewählt worden, da sich diese den hier-sigen Verhältnissen mit den geringsten inneren Verände-rungen anpassen ließ. Der Unterbau, die drei unteren Klassen, wird von der Volksschule gebildet, und deren Lehrplan soll nun von den übrigen Schulen angenommen und durchgeführt werden. Natürlich können die kleinen Schulen mit 1—3 Lehrern die Lehraufgaben nur entspre-chend leisten, d. h. sie bekommen mehr Zeit zur Bewälti-gung des Stoffes und nehmen nicht jedes Jahr neue Schüler auf. — Um die Einheitlichkeit der Arbeit zu sichern und das ganze Schulwesen der Kolonien zu heben, zu fördern und zu beaufsichtigen, wurde nun laut Beschluß der 5. ordentlichen Abgeordnetenversammlung des Sanbjaer Bingerverbandes ein Ober-Schulrat gewählt, der aus zwei Mitgliedern des Verbandes, zwei Vertretern der Lehrerschaft und dem Aufsichtsrat (Instruktor) besteht und, mit weitgehenden Vollmachten und Rechten versehen, zur Aus-führung seiner Aufgaben mit Geldmitteln unterstützt wird, wobei jedoch klar betont wurde, daß der Unterhalt der Volksschule ganz und gar Pflicht der einzelnen Gemeinden bleibt. Der gewählte Aufsichtsrat hat alle Schulen we-nigstens zweimal im Jahre zu besuchen und für die er-folgreiche und einheitliche Arbeit Sorge zu tragen und gehörigen Orts Bericht zu erstatten.

Der 2. Tag war fast ausschließlich der Besprechung und Prüfung der vorgelegten Lehrpläne gewidmet. Auf allgemeinen Wunsch soll der Handarbeitsunterricht für Mädchen, der sich hier so glänzend bewährt hat, in allen Schulen der Kolonien eingeführt werden. Alle Schulen müssen Berichte über die vorhandenen und noch mangelnden Lehrbücher einreichen, damit der etwaige Ueberflus verteilt werden und die Bestellung der fehlenden rechtzeitig gemacht werden kann. Es wurde gewünscht, daß Abend-unterricht für Erwachsene stattfindet, ebenso auch Eltern-versammlungen und Theateraufführungen. Schließlich wurden noch die Sitzungen einer Altersversorgungskasse für Lehrer geprüft und angenommen und ein Verwaltungs-ausschuß gewählt.

Weit entfernt von einem toigen Begeisterungstau-mel für die Zukunft, sieht unsere Lehrerschaft die Sachlage nüchtern und klar an und will ein deutsches und ein

niederländisches Sprichwort im Gedächtnis behalten: „Große Worte, kleine Werke“ und Taten sind Männer, Worte sind Frauen.“

Die Schlußworte.

An die Redaktion der „Rauf. Post“.

Wertes Genosse Redakteur!

Ersuche Sie, so freundlich zu sein, in der nächst-folgenden Nummer der „Raufassigen Post“ folgendes zu be-öffentlichen:

1. Es gehen Gerüchte um, daß ich während der Zei-meiner Arbeit unter den deutschen Kolonisten Aser-beidjans Sammlungen zu Gunsten der Jungfrauen und zur Herausgabe der Zeitung „Freie Arbeit“ veranlaßt habe, und man wisse nicht, wo das Geld geblieben sei auch werde für das Geld keine Zeitung herausgegeben. Bei meiner Abreise nach Moskau übergab ich das gesam-melte Geld dem Redaktionskomitee-Mitglied R. Stürmer, es waren über 12.000.000 Rubl., wie auch an Genosse Quepfinger 380 Bogen Zeitungspapier, welches von der Vertretung des „Narkomiaz“ durch mich gesendet wurde. Warum die Zeitung nicht ins Leben gerufen wurde, ist mir nicht bekannt. Ich kann nur sagen daß laut einer Briefe Quepfinders die Redaktionsmitglieder sich hierfür wenig interessieren.

2. Was die Landtragar anbetrifft, so möchte ich fol-gendes sagen: Als gewählter Vorsitzender der Agrarkom-mission habe ich mich der Sache voll und ganz gewidmet und die Bestimmungen vom 20. u. 28. Februar und die Schreiben vom „Narkomiaz“ (A.S.R.) № 835 vom 2. Mär-z. b. 3. bekräftigen können.

3. Nicht weniger habe ich mich für den freien Wein-handel ins Zeug gelegt. (Siehe das Schreiben vom Kam-buro und „Narkomiaz“ vom 26. 2. d. J.). Wenn aber alle obenbesagten Fragen nach meiner Abfahrt aus Baku wieder eingeschlafen sind, so kann doch ganz gewiß nicht mir die Schuld zugeschoben werden, sondern hierfür muß die zu-rückgebliebene Agrarkommission Rechnung ablegen.

Aus meinen Schreiben an die Mitglieder der Agrar-kommission № 1, 2, 3 u. 4 war ersichtlich, daß ich die Verantwortung für Durchführung der Beschlüsse der ersten Arbeiterbaner Konferenz bis zum 10. März garantiere, wenn mir die nötigen Daten und Mittel zugestell werden, jedoch nach dieser Zeit meinen Posten als Präses der Agrarkommission für liquidiert betrachte. Außerdem ist im Protokoll der Landlosenkommission vom 1. 8. 1. J. genau gesagt, was ein jeder Kolonist zu tun hat.

Ich muß konstatieren, daß dennoch etwas getan wor-den war; wenn nicht mehr, so war das prinzipielle Ein-verständnis der Regierungsorgane zur Hebung der deut-schen Wirtschaft doch erhalten. Wenn aber die von uns begonnene Arbeit nicht weiter geführt wurde, so liegt es nicht daran, daß ich alle Teile der Section mit nach Moskau genommen habe (wie Quepfinger sagt), sondern weil mit meiner Abfahrt die Sache nicht weiter geführt wurde. Bei meiner Abfahrt hat ich die zurückgebliebenen Genossen, die möchten den deutschen Bauern meine Abfahrt klarlegen, desgleichen schrieb ich an Dr. Gurr in Helenendorf, ebenso informierte ich sie über alles zur weiteren Durchführung der Arbeit, d. h. der unternommenen Schritte, was ich bei meiner Rückkehr selbst wieder weiterführen wollte. Wo es sich jedoch in Moskau herausgestellt hat, ist durch meine Rechnung, entweder in das Ausland zu kommen oder nach Baku zurückzufahren, ein dicker Strich gezogen worden. Die von mir an die zurückgebliebenen Genossen gerichteten Worte sind in Erfüllung gegangen, trotzdem sie versprochen, alles, was in ihren Kräften liegt und die Politik der Regierung zuläßt, zu tun.

Ich will hoffen, daß all die Gerüchte, welche zirkulieren, ein Ende nehmen und die deutschen Kolonisten Aserbeidjans mich nicht als einen solchen betrachten werden, als welcher ich nach den Gerüchten erscheine.

Bin gerne bereit, auf Anfragen näher zu antworten. In Erwartung von obengesagtem verbleibe mit Grüßen

gez.: Dr. med. N. Bel-Dombrowski
Moskau, den 28. Aug. 1922.

Verantwortlicher: Der R.-B. des Verbandes der transk.-deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Fufajeff, im Auftrage der Redaktionskomitees.